

15.4072 – Interpellation

Personalisierte Medizin. Private Initiativen einbeziehen und fördern

Eingereicht von Derder Fathi
Einreichungsdatum 25.09.2015
Eingereicht im Nationalrat
Stand der Beratungen Im Rat noch nicht behandelt

Eingereichter Text

Rund um die personalisierte Medizin und die Medizintechnologien wurden zahlreiche Initiativen vonseiten der öffentlichen Hand ins Leben gerufen. So analysieren beispielsweise die Institutionen des ETH-Bereichs in Zusammenarbeit mit den Schweizer Spitälern klinische Proben und erweitern ihr Know-how im Bereich der Medizintechnik mit ihren grossen Forschungsinfrastrukturen. Ausserdem wurden die landesweite Initiative "Personalisierte Gesundheit", die Initiative "Nanomedizin" an der Empa oder die Initiative "Health 2030" lanciert. Im Rahmen der Dachorganisation Hochschulmedizin Zürich wurde das Kompetenzzentrum personalisierte Medizin gegründet. Am Universitätsspital Chuv in Lausanne wurde eine Biobank geschaffen, und in der Genferseeregion wurde das Zentrum für personalisierte Medizin ins Leben gerufen. Die Reihe der Initiativen liesse sich fortsetzen.

Die Schaffung dieses Schwerpunkts für personalisierte Medizin/Gesundheit ist eine gute Sache. Jetzt muss aber sichergestellt werden, dass diese Initiativen das System beleben und nicht private Initiativen konkurrenzieren und so Innovationen behindern. Vor diesem Hintergrund wird der Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass gewisse private Akteure den Bereich "Personalisierte Medizin und Medizintechnologien" als treibende Kraft mitentwickeln? So etwa Sophia Genetics, ein Unternehmen, das in Europa im Bereich Genanalysen marktführend ist.
2. Ist er sich bewusst, dass gewisse Angebote vonseiten der öffentlichen Hand eine direkte Konkurrenz für diese innovativen privaten Unternehmen darstellen könnten?
3. Wie gedenkt er dies zu vermeiden?

4. Wie will er diese privaten Unternehmen einbeziehen, um von ihrem Fachwissen zu profitieren und nicht noch einmal die Arbeit zu machen, die diese Unternehmen bereits gemacht haben?

5. Welchen Platz sollen die privaten Akteure in diesem Bereich einnehmen, sodass sie ihren Beitrag einbringen und selber profitieren können und nicht im Rahmen der verschiedenen Projekte, die möglicherweise für den Zeitraum 2017-2020 eine Finanzierung erhalten könnten, benachteiligt werden?

Stellungnahme des Bundesrates vom 25.11.2015

1. Der Bundesrat ist sich der führenden Rolle der Schweizer Privatunternehmen im Bereich der biomedizinischen Forschung und Technologie für das Gesundheitswesen und für die Volkswirtschaft bewusst. Insbesondere im Bereich der personalisierten Medizin und der ihr zugrunde liegenden Disziplinen und Technologien, namentlich der medizinischen Genetik, der Biotechnologie und Analytik sowie der Bioinformatik, wurden in den letzten Jahren enorme Fortschritte erzielt, an denen auch Privatunternehmen in der Schweiz massgeblich beteiligt waren. Damit der Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz für diese Unternehmen

attraktiv bleibt, hat der Bundesrat unter anderem im Dezember 2013 den Masterplan "Massnahmen des Bundes zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie" verabschiedet. Das Ziel ist hierbei, die guten Rahmenbedingungen für die biomedizinische Forschung und Technologie zu erhalten und weiter zu verbessern sowie der Bevölkerung den physischen und bezahlbaren Zugang zu den Errungenschaften dieser Branche zu gewährleisten.

2. Das parallele Bestehen von öffentlich finanzierten Forschungsinstitutionen und privaten Forschungs- und Dienstleistungsunternehmen im Bereich von Biomedizin und Biotechnologie hat in der Schweiz lange Tradition. Die partnerschaftlich organisierte Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor im Bereich der Forschung (PPP) ist mit ein Grund für die ausgezeichnete Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Die durch Bund und Kantone finanzierten Forschungseinrichtungen (nach Art. 15 des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes, FIGG; SR 420.1), namentlich im Bereich des Wissens- und Technologietransfers, leisten zahlreiche Beiträge zur Stärkung und Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Darüber hinaus profitieren private Unternehmen von den wissenschaftlich gut aus- und weitergebildeten Fachkräften der Hochschulen und Spitäler, die letztlich das Humankapital für die biomedizinische Forschung, Technologie und Innovation darstellen.

3. Es ist dem Bundesrat bewusst, dass eine erfolgreiche Umsetzung der obengenannten Initiativen den Wettbewerbsdruck für bestimmte Privatunternehmen der Branche erhöhen kann. Gleichzeitig lässt der systematische Auf- und Ausbau von Forschungsinfrastrukturen im Bereich der personalisierten Medizin einen neuen Markt und Dienstleistungssektor entstehen, von dem Schweizer Unternehmen nachhaltig profitieren können.

4./5. Der Bundesrat geht davon aus, dass im Rahmen der Umsetzung der Initiativen im Bereich der personalisierten Medizin auf die bestehende Expertise der spezialisierten Privatunternehmen zurückgegriffen wird. Die Hochschulen haben im Rahmen ihrer strategischen Planungen Schwerpunkte gesetzt, unter anderem im Bereich personalisierte Medizin, translationale Medizin und Big Data, mit denen sie neue, zukunftsorientierte Forschungsgebiete erschliessen wollen. Dabei wird auch die Zusammenarbeit mit Privaten eine wichtige Rolle spielen. Mit der nationalen Förderinitiative Personalisierte Medizin, geplant für die BFI-Periode 2017-2020, unterstützt der Bund gezielt dort, wo der grösste Handlungsbedarf eruiert wurde: bei der Datenorganisation. Hier geht es um das Erfassen/Aufbereiten von klinischen Daten (Patientendaten) wie auch biologischen Basisdaten (einschliesslich Biobanken) für die Grundlagenforschung wie auch die klinische Forschung. Unabdingbar ist dabei ein koordiniertes Vorgehen zwischen Hochschulen, Spitälern und Förderorganen, damit Doppelspurigkeiten vermieden werden können und die Interoperabilität der Daten sichergestellt werden kann. Die daraus resultierenden neuen Erkenntnisse werden auch zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen und neue Möglichkeiten für innovative Technologien und Produkte, die von privaten Unternehmen ergänzend angeboten werden, eröffnen.

Erstbehandelnder Rat
Nationalrat